



Peter Moser

Gripen, Mindestlohn und Kirchensteuer

Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 18.5.2014

Deutliche Resultate gab es im Kanton Zürich nicht nur für die beiden kantonalen Vorlagen – zur Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen (28.2% Ja) und zum Verbot von Alkoholwerbung auf Sportplätzen (37.8% Ja) –, sondern auch bei den meisten eidgenössischen Abstimmungen. Die Mindestlohn-Initiative wurde nur von einem Viertel der Abstimmungsteilnehmer befürwortet (25.3% Ja); angenommen wurden hingegen der Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (den sogenannten Hausarztartikel in der Verfassung) mit 86.8% Ja und die Initiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ (57.3% Ja). Spannend bis zum Schluss blieb es diesmal einzig beim Fonds zur Beschaffung des schwedischen Gripen-Kampfflugzeugs: Er wurde mit 48.7% Ja relativ knapp abgelehnt.

Die Stimmbeteiligung war dabei mit durchschnittlich 56.3% bereits zum dritten Mal in Folge deutlich über der 50% Marke. Grafik 1 (folgende Seite) zeigt, dass die Partizipation an eidgenössischen Terminen in den etwa vierzig Jahren seit Einführung des Frauenstimmrechts eine erhebliche Streuung aufweist: Der „Normalbereich“ reicht dabei etwa von 30 bis 60%. (siehe die Verteilungskurve rechts in Grafik 1) Die drei letzten Termine liegen zwar am oberen Rand dieser Spanne, die nur in Ausnahmefällen, wie letztmals bei der EWR-Abstimmung 1992 deutlich überschritten wird. Daraus bereits einen Trend zu höherer Beteiligung abzuleiten, wäre aber wohl verfrüht, denn die Vergangenheit lehrt, dass der zeitliche Verlauf der Partizipation nicht durch systematische Wellenbewegungen geprägt ist, sondern eher einem ungeordneten „random walk“ gleicht.

Obschon das Resultat der Mindestlohninitiative an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liess, war sie wahrscheinlich die Zugpferdvorlage dieses Abstimmungssonntags: Denn bei ihr war der Anteil leerer Stimmzettel¹ mit 1.1% (aller eingelegten) klar niedriger als bei den anderen Vorlagen. An zweiter Stelle folgte diesbezüglich die Gripen-Vorlage (1.4% Leere). Am anderen Ende der Skala befanden sich die Vorlage über den Hausarztartikel und die kantonale Kirchensteuerinitiative mit 2.9% bzw. 2.1% Leerenanteil: ein Zeichen dafür, dass sie vergleichsweise wenig interessierten.

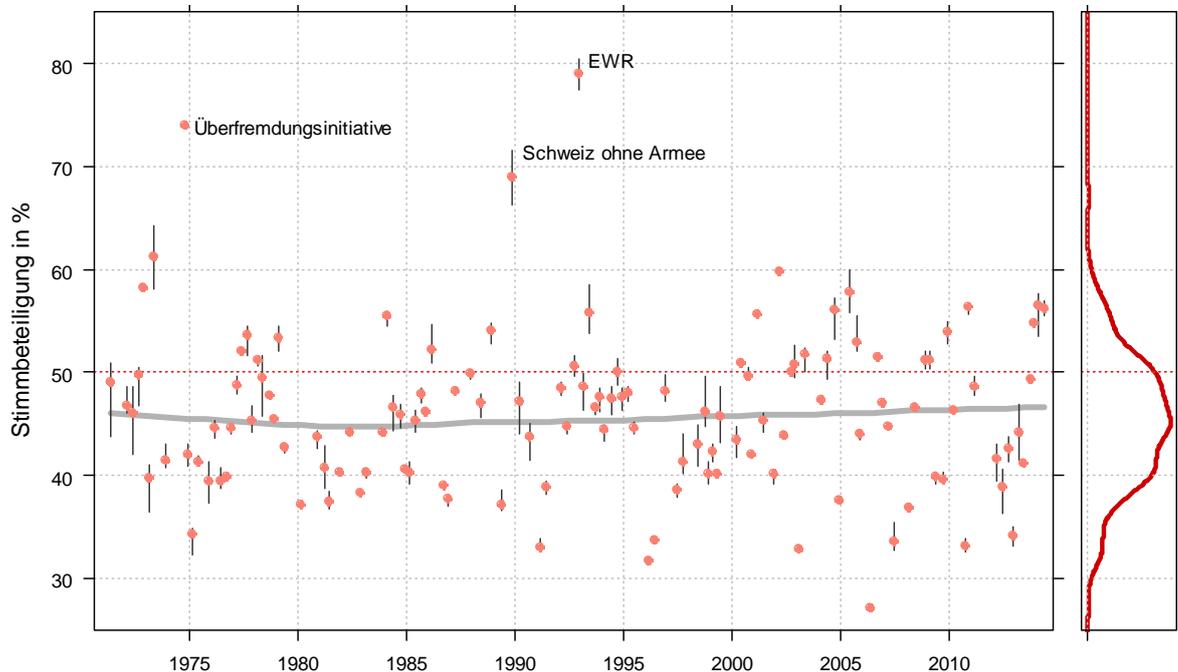
Wovon die Zustimmung abhing, bzw. wer wie abgestimmt haben könnte, zeigen die Kantonsresultate nicht. Oft helfen diesbezüglich aber die Detailergebnisse aus den 170 Gemeinden des Kantons weiter. Da auch sozial oder ideologisch unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung räumlich ungleich verteilt sind, kann die Kombination von Abstimmungsergebnissen mit gemeindeweise verfügbaren Indikatoren in einer sogenannten Aggregatsdatenanalyse Aufschluss über das Abstimmungsverhalten geben.² Die Aussagekraft dieses Ver-

¹ Die Eignung des Anteils der leeren Stimmzettel als Mass für das Interesse an einer Vorlage wird in (Moser 2012) begründet.

² Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger wie abstimmten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer umsichtig

fahrens hängt freilich vom Informationsgehalt der Daten ab: Dieser ist umso grösser, je stärker sich die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden unterscheiden, je mehr Varianz also vorhanden ist.

Grafik 1: Stimmbeteiligung seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971 eidgenössische Termine



Lesehilfe: Die Punkte stellen die Durchschnittsstimmbeteiligung an den Terminen dar, die Striche das Minimum und das Maximum. Aus der Dichtekurve rechts ist die Verteilung der Partizipation über die gesamte Zeitperiode ersichtlich.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Am grössten war der Streubereich diesmal – gemessen am Abstand zwischen dem höchsten und dem tiefsten kommunalen Ja-Stimmenanteil – bei der Gripen-Vorlage mit 40 Prozentpunkten. Die Pädophileninitiative (30 Punkte) und der Mindestlohninitiative (28 Punkte) liegen diesbezüglich etwa im Durchschnitt. Am geringsten war er bei der Kirchensteuerinitiative mit 20 Prozentpunkten. Sie ist damit geradezu ein Paradebeispiel aggregatsdatenanalytischer Unergiebigkeit, in dem Sinne als die Gemeinderesultate keine Schlüsse auf das Abstimmungsverhalten unterschiedlicher gesellschaftlicher oder ideologischer Gruppen zulassen. Genau deshalb ist sie aber auch wieder interessant. Sie wird uns deshalb am Schluss dieser Analyse noch beschäftigen, in deren Zentrum die beiden Lead-Vorlagen des Abstimmungssonntags, der Gripen-Fonds und die Mindestlohninitiative stehen.

Der Gripen: „Bürgerblock“ steht „Linken“ gegenüber

Das räumliche Muster der Gemeinderesultate der Gripen-Vorlage abstrahiert Grafik 2.³ Sie lässt zwei Schlüsse zu. Einerseits spielten die soziodemographischen Gegebenheiten keine

interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar – denn die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

³ Das multivariate Regressionsmodell berücksichtigt die Position der Stimmbewölkerung der Gemeinden in der zweidimensionalen politisch-ideologischen Landschaft des Kantons (siehe Moser 2005, 2011 und Grafik 3 dieser Publikation) wie auch zwei wesentliche sozialräumliche Strukturmerkmale, den sozialen Status und die Lebensform der Gemeindebevölkerung, d.h. ob deren Verhältnisse eher urban oder ländlich geprägt sind. Die Motivation und die Variablen des Modells sind in Moser 2009 beschrieben. Anwendungen finden sich in den meisten seitherigen Zürcher Abstimmungsanalysen.

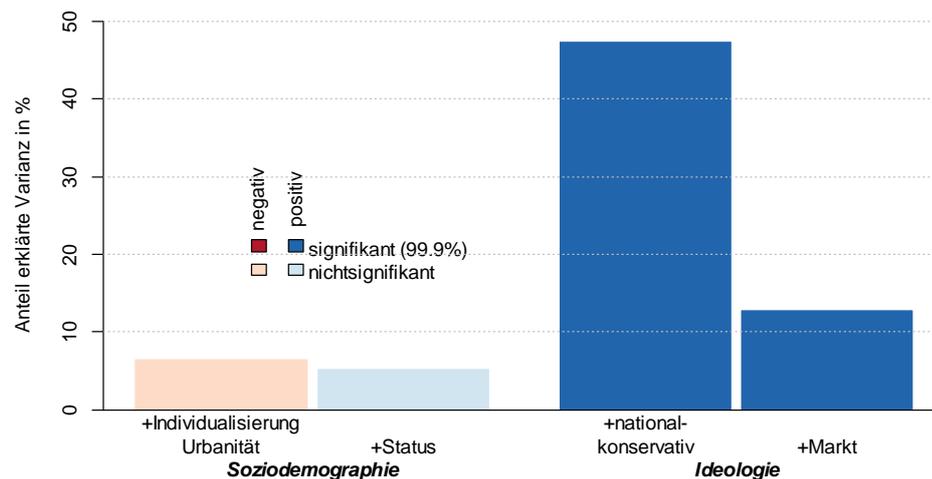
Rolle. Es gab weder deutliche Unterschiede zwischen den urbanen und den ländlichen Gemeinden, noch zwischen Arm und Reich, bzw. statushohen und -niedrigen Gebieten.

Einen hohen Erklärungswert hatten andererseits die ideologischen Grundhaltungen. Klar dominierend war dabei die kulturelle Spaltung zwischen den Nationalkonservativen, bei denen die Zustimmung zur Flugzeugbeschaffung überdurchschnittlich war und den gesellschaftlich Progressiven, bei denen das Gegenteil zutraf. Parteimässig stehen sich an den Polen dieser Achse die SVP- und die Links-Wählerschaften gegenüber. Sie „erklärt“ für sich allein genommen bereits fast die Hälfte der Unterschiede in den Gemeinderesultaten. Wenn auch in deutlich geringerem Ausmass ist auch die zweite ideologische Hauptachse der Politlandschaft des Kantons, der Markt-Staat Gegensatz von signifikanter Bedeutung. Hier stehen, parteipolitisch gesprochen, die Linkswähler jenen der FDP gegenüber.

Für Armeevorlagen ist dieses Muster typisch. Es handelt sich um ein Thema bei dem man von einem bürgerlichen Schulterchluss an der Basis ausgehen kann – eine Einigkeit die sonst bisweilen mangelt. Die Ablehnung linker Sozialvorlagen ist in den konservativen, SVP-geprägten Gebieten z.B. oft eher lau, auch wenn SVP- wie FDP-Parteigremien die Nein-Parole fassen.

Grafik 2: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Gripen-Vorlage

Resultate eines multivariaten linearen Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Gripen-Vorlage, Gemeinden des Kantons Zürich (n = 170), insgesamt erklärte Varianz (R^2) =72%

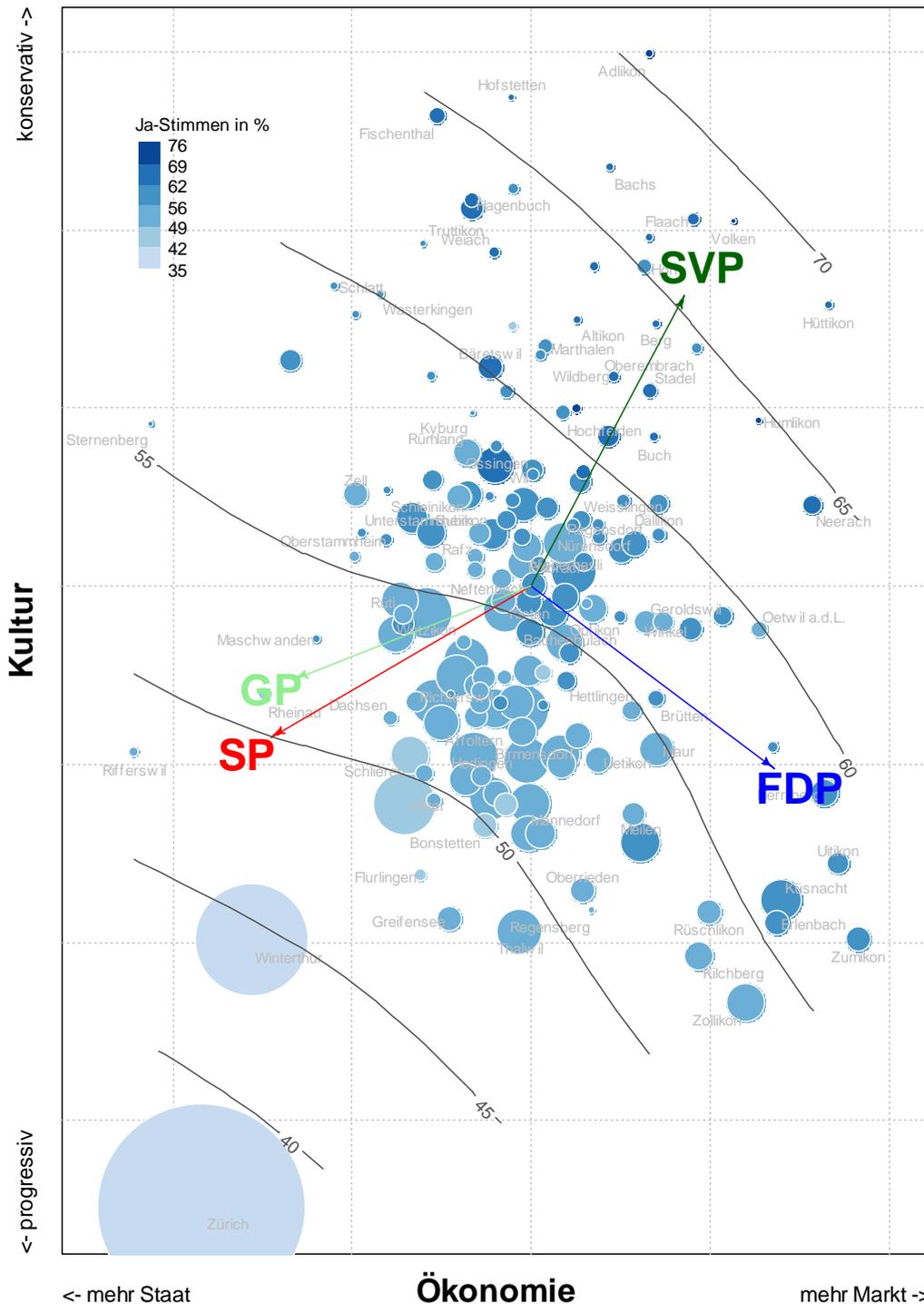


Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren des Standardmodells (siehe Fussnote 3) in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Gripen-Vorlage. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Stellt man die Resultate der Gripen-Abstimmung in der politischen Landkarte des Kantons Zürich dar (Grafik 3), so ist dieses Muster daran erkennbar, dass die Zustimmung von der linken unteren Ecke – der kulturell progressiven und staatsfreundlichen Stadt Zürich – diagonal nach rechts oben zunimmt: Vergleichsweise hoch sind die Ja-Stimmenanteile in den konservativen Landgemeinden im nationalkonservativen „Norden“, aber auch im „liberalen“ „Westen“ – bezogen auf das Koordinatensystem der Politlandkarte.

Grafik 3: Zustimmung zur Gripen-Vorlage in der politischen Landkarte
 Gemeinden des Kantons Zürich, Ja-Stimmenanteile Gripen-Vorlage in % (Blasenfärbung, Niveaulinien)



Lesehilfe: In der Grafik ist der Ja-Stimmenanteil einerseits durch die Blasenfärbung dargestellt, andererseits aber, stark vereinfacht, wie in einer geographischen Karte durch Niveaulinien, die auf einem "Generalisierten Additiven Modell" (GAM) beruhen. Die Parteipfeile zeigen in Richtung zunehmenden Wähleranteils im Koordinatensystem der politischen Landkarte, welche die Resultate eidgenössischer Urnengänge der Jahre 2010-2013 bündelt (Siehe dazu Moser 2005).

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Bröckelnder Rückhalt für die Landesverteidigung?

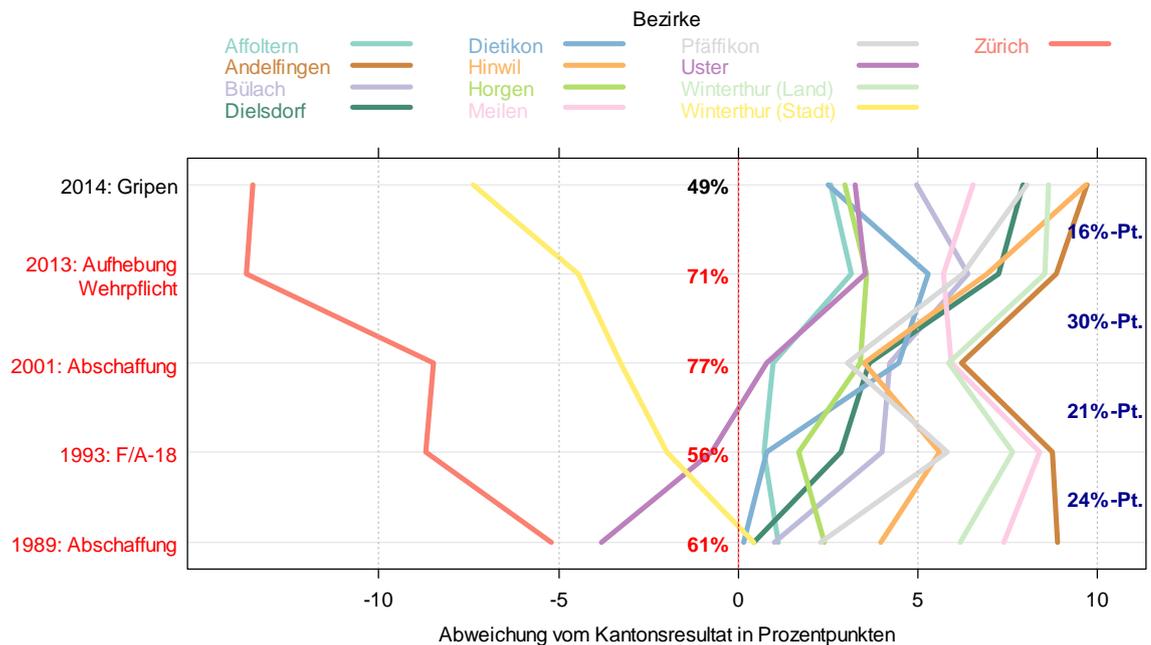
„Der Wehrwille bröckelt“, zwischentitelte die NZZ (am 18.5) in ihrem Kommentar zum Gripen-Resultat. Zwar bezog sich diese Aussage auf das gesamtschweizerische Resultat – das zürcherische liegt aber ziemlich genau im Durchschnitt. Wie steht es damit?

Zur Armee fanden im Vierteljahrhundert seit der Armeeabschaffungsinitiative der GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) von 1989 wiederholt Urnengänge statt. 1993 wurde über das Referendum gegen den Kauf des F/A-18 abgestimmt, 2001 abermals über die Abschaffung, und vor wenigen Monaten, im September 2013, über die Aufhebung der Wehrpflicht.

Bemisst man die Akzeptanz der Armee am Nein-Stimmenanteil der vier erwähnten armee-kritischen Vorlagen um sie mit dem Gripen-Resultat vergleichbar zu machen (Grafik 4), so ist keine Tendenz zu einem Sinkflug der Zustimmung zur Armee zu erkennen, der nun durch den Gripen-Entscheid fortgesetzt würde. Die Resultate legen eher nahe, dass konkrete Kampfflugzeugbeschaffungen, die entsprechend zahlreiche Angriffspunkte bieten, verglichen mit eher abstrakten Abstimmungsfragen zur Armee einen schwereren Stand haben.

Grafik 4: Zustimmung zur Armee in den Bezirken 1989-2014

Differenz der Ja-(bzw. **Nein**)-Stimmenanteile zum jeweiligen kantonalen Resultat in Prozentpunkten, Zürcher Bezirke (Winterthur aufgeteilt in Stadt und Land)



Lesehilfe: **rot** sind die Vorlagen beschriftet, bei denen der Nein-Stimmenanteil (in der Mitte der Grafik) dargestellt wird. Die **Volatilität der Akzeptanz** zwischen zwei Abstimmungen wird durch die kumulierte Summe der absoluten, d.h. vorzeichenlosen Veränderungen in Prozentpunkten gemessen.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

In Grafik 4 ist die Entwicklung der Zustimmung zur Armee seit 1989 in den Bezirken dargestellt. Um die Abstimmungsergebnisse trotz des unterschiedlichen Niveaus der jeweiligen Gesamtzustimmung vergleichbar zu machen, ist die Abweichung der Bezirksresultate vom jeweiligen kantonalen Ja-Stimmenanteil dargestellt, der dem Nullpunkt entspricht. Sie ergänzt so die Analyse zur Abstimmung vom vergangenen September, welche auch die möglichen Gründe für die unterschiedliche langfristige Entwicklung der Regionen thematisiert (Moser 2013).

Interessant ist nun, dass sich die Bezirke in den vergangenen Monaten relativ zueinander nur geringfügig bewegt haben: Zählt man die prozentuellen Veränderungen aller Bezirke zusammen, so kommt man auf 16 Prozentpunkte, was verglichen mit den 30 Punkten zwischen der Armeeabschaffungsabstimmung 2001 und der Aufhebung der Wehrpflicht 2013 wenig ist. Ausnahmen gibt es selbstverständlich: So hat sich der langfristige Trend zu vermehrter Armeeskepsis in der Stadt Winterthur – gemessen am der Haltung des Kantons

insgesamt – fortgesetzt, ebenso der Trend in die Gegenrichtung im Zürcher Oberland (Bezirk Hinwil).

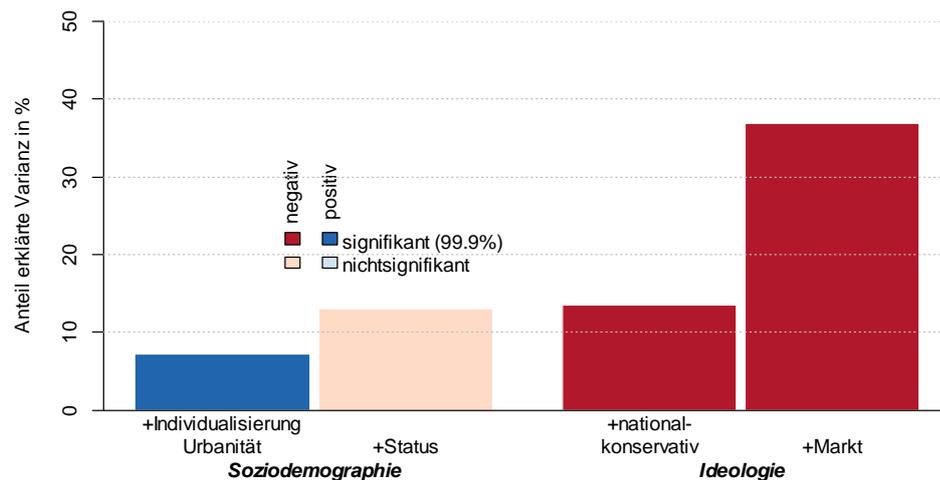
Die Veränderung eines Gesamt-„Wehrwillens“ der Bevölkerung eines Gebietes ist letztlich die Resultante von Entwicklungen auf der Mikroebene einzelner gesellschaftlicher Gruppen und deren relativer Stärke. Unterstellte man beispielsweise Städtern auf der Grundlage von Grafik 4 eine zunehmende Armeeskepsis, und nähme deren numerisches Gewicht zu, so würde sich dies auch im Kantonsresultat manifestieren. Aus der hohen Konstanz der Relationen in Grafik 4 wird man deshalb wohl den vorsichtigen Schluss ziehen können, dass das Gripen-Nein weniger Ausdruck eines säkulären Akzeptanzschwunds der Landesverteidigung ist, sondern spezifisch diesem bekanntermassen nicht pannenfreien konkreten Beschaffungsprojekt galt.

Die Mindestlohn-Initiative: Links gegen bürgerlich

In unserem Standardmodell erweist sich der Einfluss der Markt-Staat-Achse der politischen Landkarte für das Resultat der Mindestlohn-Initiative als eindeutig dominant (Grafik 5): Rund 37% der Gesamtvarianz der Gemeinderesultate werden dadurch erklärt. Dies war auch zu erwarten bei einer Vorlage, welche die freie Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt durch die Einführung eines Mindestlohns global beschränken wollte, und die entsprechend zweifellos in diesem ökonomischen Spannungsfeld steht.

Grafik 5: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Mindestlohn-Initiative

Resultate eines multivariaten linearen Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Mindestlohn-Initiative, Gemeinden des Kantons Zürich (n = 170), insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 71%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Mindestlohn-Initiative. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

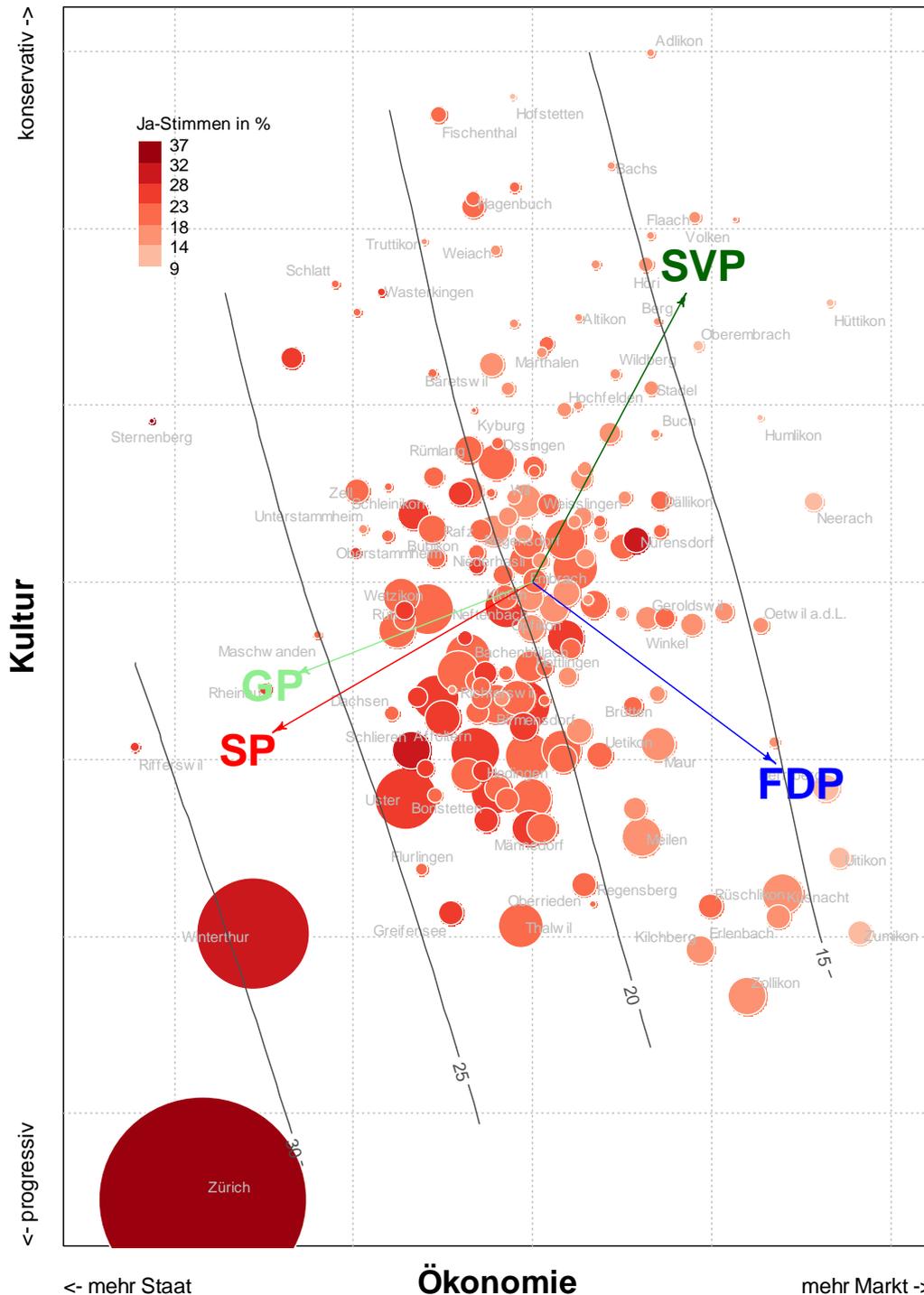
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Wie bei der Gripen-Vorlage – mit umgekehrtem Vorzeichen selbstverständlich – kann man auch beim Mindestlohn davon ausgehen, dass der bürgerliche Schulterchluss von FDP und SVP gegen die Linke an der Basis funktionierte, denn auch der konservativ-progressiv-Gegensatz trägt signifikant zur Erklärung des Resultats bei. Stellt man die Resultate in der politischen Landkarte dar (Grafik 6), so manifestiert sich dies darin, dass auch hier der Gradient der Zustimmung diagonal verläuft, aber stärker an der dominanten Markt-Staat Achse und weniger der konservativ-progressiv Achse orientiert ist, als beim Gripen.

Eine untergeordnete Rolle spielten demgegenüber die soziodemographischen Gegebenheiten. Entweder ist ihre Effektstärke sehr gering, wie beim Stadt-Land-Gegensatz, oder der Zusammenhang ist nicht signifikant, wie beim Sozialstatus. Selbst wenn man das tiefe kan-

tonale Schlussresultat als Massstab nimmt, unterschied sich das Stimmverhalten zwischen den wohlhabenden und den ärmeren Gemeinden des Kantons kaum. Oder mit anderen Worten: der klassenkämpferische Appell an die Solidarität der Wenigverdienenden – die ja häufig als Ausländer gar nicht stimmberechtigt sind – verhallte wohl ungehört.

Grafik 6: Zustimmung zum Mindestlohn in der politischen Landkarte
Gemeinden des Kantons Zürich, Ja-Stimmenanteile Mindestlohn-Initiative in % (Blasenfärbung, Niveaulinien)



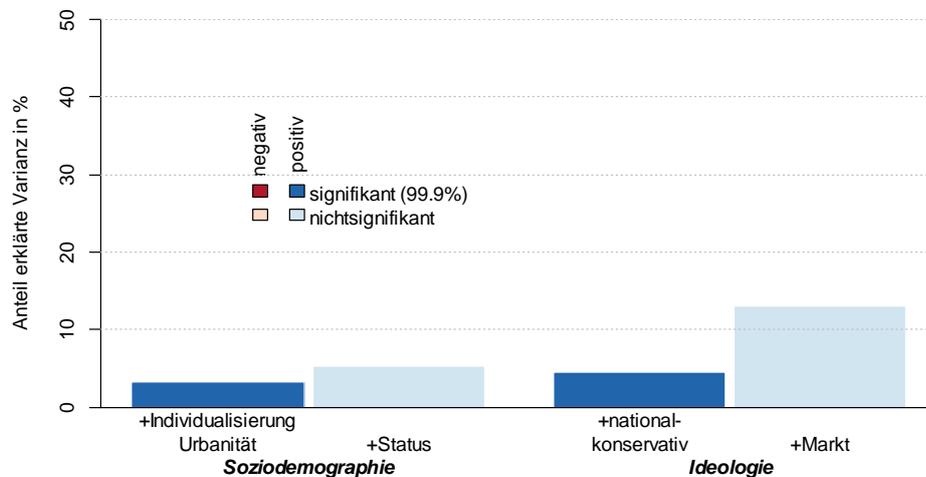
Lesehilfe: In der Grafik ist der Ja-Stimmenanteil einerseits durch die Blasenfärbung dargestellt, andererseits aber, stark vereinfacht, wie in einer geographischen Karte durch Niveaulinien, die auf einem "Generalisierten Additiven Modell" (GAM) beruhen. Die Parteipfeile zeigen in Richtung zunehmenden Wähleranteils im Koordinatensystem der politischen Landkarte, welche die Resultate eidgenössischer Urnengänge der Jahre 2010-2013 bündelt (Siehe dazu Moser 2005).

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Die Kirchensteuerinitiative: Ein interessantes analytisches Rätsel

Einleitend wurde es bereits angedeutet: Die Initiative zur Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen, die von den Jungliberalen lanciert wurde, und zu der von den grossen Parteien die FDP und die SVP schliesslich auch die Ja-Parole ausgaben, ist aus analytischer Perspektive ein schwieriger Fall. Diese Aussage wird gestützt durch die Resultate unseres Standardmodells, die in Grafik 7 dargestellt sind. Sie sind rasch zusammengefasst: Die Erklärungskraft des Modells ist mit 26% erklärter Varianz gering, gerade auch wenn man sie mit den beiden bisher besprochenen Abstimmungen vergleicht. Im Rahmen einer Aggregatsdatenanalyse stichhaltige Effekte von erheblicher Stärke und Signifikanz gibt es bei keinem der ideologischen oder soziodemographischen Faktoren.

Grafik 7: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Kirchensteuer-Initiative
 Resultate eines multivariaten linearen Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Initiative zur Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen, Gemeinden des Kantons Zürich (n = 170), insgesamt erklärte Varianz (R²) = 26%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Kirchensteuer-Initiative. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Keine Zusammenhänge bestehen auch mit anderen möglichen Faktoren, die sich auf Gemeindeebene erfassen lassen. Die naheliegende Vermutung, dass das die Initiative umso schlechter abschnitt, je höher der Anteil der Mitglieder der beiden Hauptkonfessionen ist, bestätigen die Daten nicht. Zwischen den Gemeinden gibt es erhebliche Unterschiede im Gewicht des Kirchensteueraufkommens, das auf juristische Personen entfällt. Tendenziell gilt, dass dessen Anteil in eher städtischen Arbeitsplatzgemeinden, in denen zahlreiche, auch grössere Unternehmen angesiedelt sind und Steuern bezahlen, höher ist als in den übrigen Gebieten. Der Ausfall dieser Erträge hätte entsprechend empfindliche Auswirkungen auf die Finanzlage der dortigen Kirchgemeinden – was ein Grund dafür hätte sein können, eher nein zu stimmen. Auch zwischen dieser Grösse und dem Resultat der Initiative besteht aber kein Zusammenhang.

Das ungeordnete Bild der Verteilung der Ja-Stimmenanteile, das ein Blick auf eine Karte der Abstimmungsergebnisse vermittelt, wird durch die systematisch-statistische Analyse demnach bestätigt.⁴ Ein derartig zufälliges regionales Muster ist einerseits ein Zeichen dafür, dass die Haltung zur Verhältnis von Kirche und Staat zueinander weitgehend entpolitisiert ist, sie ist

⁴ Das schliesst selbstverständlich nicht aus, dass es systematische Einstellungsunterschiede, z.B. zwischen den Altersgruppen gibt. Sie lassen sich aber mit einer Aggregatsdatenanalyse nicht ermitteln, da die Unterschiede zwischen den Altersstrukturen der Gemeinden zu wenig ausgeprägt sind.

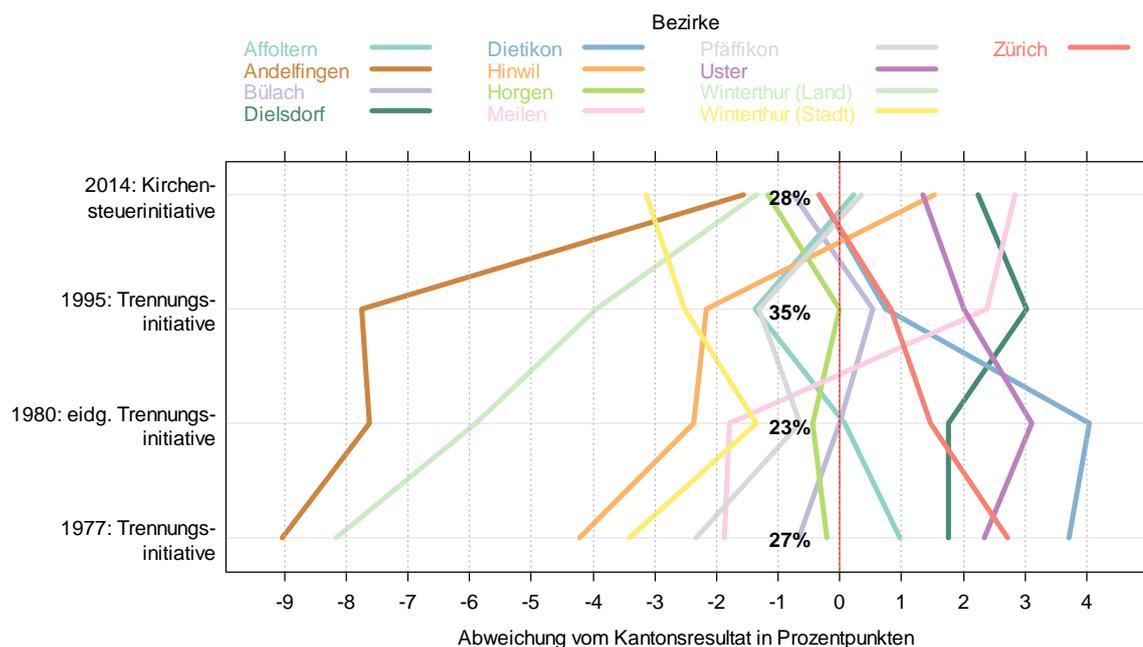
in einem gewissen Sinne zur individuellen Gewissenssache geworden.⁵ Andererseits hat die liberal-prinzipienorientierte Argumentation der Befürworter – Unternehmen können keiner Kirche angehören und über die Verwendung der Gelder auch nicht mitbestimmen, entsprechend sollten sie auch keine Kirchensteuer bezahlen – kaum Wirkung entfaltet, dies auch in Gemeinden, die in der Regel marktorientiert entscheiden. Man kann deshalb davon ausgehen, dass über die Nützlichkeit der Leistungen der Landeskirchen im nicht-kultischen, sozialen Bereich, welche mit den Erträgen der Kirchensteuer von juristischen Personen ausschliesslich finanziert werden dürfen, ein breit abgestützter Konsens besteht. Ein Konsens, der freilich im konkreten Fall wohl auch dadurch versüsst wurde, dass es sich aus der Sicht des einzelnen Stimmbürgers um einen Beitrag ans Gemeinwohl handelt, den er nicht aus der eigenen Tasche bezahlen muss.

Die Trennung von Kirche und Staat im Rückblick

Wie eingangs bereits erwähnt, ist der Streubereich der Gemeinderesultate bei dieser Vorlage mit 20 Prozentpunkten vergleichsweise gering. Dies gilt umso mehr, wenn man die Resultate auf Bezirksebene analysiert. Gemäss Grafik 8 beträgt der Unterschied zwischen dem höchsten und dem tiefsten Ja-Stimmenanteil auf dieser Ebene bloss 6 Prozentpunkte. Die Grafik zeigt aber auch, dass die Haltungen zur Frage der Trennung von Staat und Kirche heute regional sehr viel homogener sind als früher.

Grafik 8: Akzeptanz der Trennung von Kirche und Staat in den Bezirken 1977-2014

Differenz der Ja-Stimmenanteile zum jeweiligen kantonalen Resultat in Prozentpunkten, Zürcher Bezirke (Winterthur aufgeteilt in Stadt und Land)



Lesehilfe: Um die Abstimmungsresultate trotz des unterschiedlichen Niveaus der jeweiligen Gesamtzustimmung vergleichbar zu machen, ist die Abweichung der Bezirksresultate vom jeweiligen kantonalen Ja-Stimmenanteil dargestellt, der dem Nullpunkt entspricht. Die Prozentzahlen in der Grafik zeigen die Ja-Stimmenanteile der Vorlagen.
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

⁵ Dies gilt allerdings nur für die beiden christlichen Hauptkonfessionen. Die 2003 verworfenen Vorlagen zum neuen Kirchen- und zum Anerkennungsgesetz wurden von ihren nationalkonservativen Gegnern mit dem Argument bekämpft, dass das christliche Abendland durch die potentielle Anerkennung einer muslimischen Religionsgemeinschaft bedroht sei. In den Gemeinderesultate spiegelt sich denn auch die starke Polarisierung: Unser Standardmodell erklärt hohe 69% der Varianz der Resultate.

Als 1977 auf kantonaler Ebene erstmals über die Trennung von Kirche und Staat abgestimmt wurde, waren insbesondere die ländlichen Gebiete im Norden des Kantons, Winterthur-Land und Andelfingen, noch klar „staatskirchlicher“ eingestellt als der Rest des Kantons. Ihre Haltung hat sich seither sukzessive dem Kantonsmittel angenähert und unterscheidet sich heute kaum mehr vom Rest des Kantons. Dasselbe gilt in umgekehrter Richtung auch für die Stadt Zürich und den Bezirk Dietikon. Die Gründe hierfür sind über diesen langen Zeitraum selbstverständlich vielfältig. Wesentlich dürfte aber sein, dass die Ausdehnung der Agglomeration die Bevölkerung stark durchmischt hat und damit früher noch bestehende regionale Unterschiede in den Werthaltungen eingeebnet wurden.

Literatur

Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. *statistik.info* 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. *statistik.info* 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser, Peter (2011). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. *Neue Zürcher Zeitung*, 8.3.2011.

Moser, Peter (2013) Zwei verwandte Initiativen und das Epidemiengesetz – Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 22.9.2013. *statistik.info* 2013/07, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser Newsletter „NewsStat“ informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 043 259 75 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Schöntalstrasse 5
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2014 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.